

Dringlichkeitsantrag 1

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Toman, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zukunft des Religionsunterrichts für muslimische Kinder und Jugendliche sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Islamischer Religionsunterricht flächendeckend in ganz Bayern als konfessionell gebundener Religionsunterricht nach Art. 7 des Grundgesetzes eingeführt werden kann und dementsprechend als ordentliches Lehrfach eingerichtet wird;
2. die Verlängerung des Modellversuchs „Islamischer Unterricht“ bis zur Einführung des Islamischen Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach jetzt zu beschließen und damit für Schulen, Lehrkräfte, Eltern und Schülerinnen und Schüler Planungssicherheit zu schaffen.

Begründung:

Kinder und Jugendliche brauchen einen Ort, um über Religion und alles, was dazu gehört, zu reden und das gilt für Kinder und Jugendliche jeder Religionszugehörigkeit. Für muslimische Kinder und Jugendliche – zumindest für einen Teil von ihnen – war dies bisher der islamische Religionsunterricht, der im Rahmen des Modellversuchs Islamischer Unterricht an bayerischen Schulen gegeben wurde.

Der Modellversuch Islamischer Unterricht läuft nun am 31. Juli 2019 nach über neun Jahren aus. Die Staatsregierung ist bisher zu keinem Ergebnis gekommen, wie das sehr erfolgreiche Modell weitergeführt werden soll. An den Schulen, bei den Schülerinnen und Schülern, bei der Elternschaft und selbstverständlich bei den betroffenen Lehrkräften herrscht große Verunsicherung.

Im Schuljahr 2017/2018 haben 16.131 Schülerinnen und Schüler an diesem Modellversuch teilgenommen. Der Bedarf wäre viel größer, daher bedürfte es dringend eines flächendeckenden Angebotes, um diesen zu decken. Vor sechs Jahren lag die Gesamtzahl muslimischer Schülerinnen und Schüler schon bei etwa 100.000, inzwischen liegt sie bei 179.000. Das

Kultusministerium geht davon aus, dass 80% dieser Schülerinnen und Schüler den islamischen Religionsunterricht wählen würden. Das wären mit über 143.000 Schülerinnen und Schüler das zehnfache der Kinder und Jugendlichen, die heute an bayerischen Schulen in ihrer Religion unterrichtet werden können.

Die Ankündigung, dass vor einer Entscheidung das Ende des Modellversuchs abgewartet werden und eine erneute Evaluierung stattfinden soll, ist nicht hinnehmbar.

Das Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB) evaluiert fortlaufend den Modellversuch. Die Evaluation des Zeitraums von 2009 bis 2014 ergab, dass der Islamische Unterricht ein „erfolgreiches Angebot“ für die jungen Menschen darstellt und sowohl persönlichkeitsbildend als auch gesellschaftlich-integrativ wirkt. Und auch der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) fordert seit Jahren die Verankerung des Angebots, da der Islamunterricht Identität schafft, der Radikalisierung vorbeugt und für Sensibilität für die eigene Religion und Respekt vor anderen Religionen sorgt. Wird nun das Ende des Modellversuchs abgewartet, im Anschluss eine erneute Evaluation durchgeführt und erst dann entschieden, welche Möglichkeiten die muslimischen Schülerinnen und Schüler an bayerischen Schulen haben sollen, fundierte Kenntnisse über ihre Religion zu erwerben, wird ein bisher sehr gut funktionierendes Modell zerstört und dabei den Betroffenen keine Alternative angeboten. Die unterrichtenden Lehrerinnen und Lehrer werden sich andere Arbeitsverhältnisse suchen müssen und nicht mehr zur Verfügung stehen, wenn sie wieder gebraucht werden. Die Eltern der muslimischen Schülerinnen und Schüler werden nach Alternativen suchen, um ihre Kinder im islamischen Glauben unterrichten zu lassen und womöglich später nicht mehr auf das schulische Angebot zurückkommen.